

Stadtratsfraktion GRÜNE • Mathildenstr. 24 • 90762 Fürth

Direktorium
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Thomas Jung
- Rathaus -
90744 Fürth

Mathildenstr. 24
90762 Fürth

stadtratsfraktion@gruene-fuerth.de

Kamran Salimi, 0911 732903
(Fraktionsvorsitzender)

Gabriele Zapf, 0175 6919934
(Stellv. Fraktionsvorsitzende)

Anna Botzenhardt, 01515 2161543

Felix Geismann, 0911 80199647

Xenia Hasenschwanz, 0170 5404264

Harald Riedel, 0911 7876333

Philipp Steffen, 0176 63493757

Christoph Wallnöfer, 0177 4081081

Sabine Weber-Thumulla, 01577 6090125

Hanne Wiest, 0152 33932568

Fürth, den 7. Juni 2023

Antrag zur Sitzung des Bau- und Werkausschusses am 14. Juni 2023
Umsetzung des neuen Umwandlungsverbots von Miet- in Eigentumswohnungen in Fürth

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zur Sitzung des Bau- und Werkausschusses am 14. Juni 2023 stellen wir folgenden

A n t r a g:

1. Die Verwaltung erläutert, wie groß der Anteil am Fürther Gebäudebestand ist, der unter das neue gesetzliche Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen fällt.
2. Die Verwaltung stellt die geplante Umsetzung bzw. Handlungsrichtlinien dar, bewertet den voraussichtlichen personellen Aufwand und gibt eine Prognose zur Auswirkung des Umwandlungsverbots ab.

B e g r ü n d u n g:




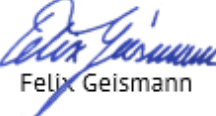






Nach langem Zögern der bayerischen Staatsregierung ist zum 1. Juni 2023 auch in Bayern ein so genanntes Umwandlungsverbot in Kraft getreten. (<https://www.stmb.bayern.de/med/pressemitteilungen/pressearchiv/2023/89/index.php>)

In insgesamt 50 Gemeinden mit angespanntem Wohnungsmarkt - darunter auch Fürth - greift nun zum besseren Schutz der Mieter*innen ein Genehmigungsvorbehalt für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Bei Objekten mit mehr als 10 Wohneinheiten kann also die jeweilige Stadt entscheiden, ob sie die Umwandlungen von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen genehmigt oder verbietet. Gemäß den Bundesbestimmungen des Baulandmobilisierungsgesetzes ist die Genehmigungspflicht für die Umwandlungen bis zum 31. Dezember 2025 befristet.

Die Verordnung wurde allerdings erst einen Tag vor dem ersten Geltungstag veröffentlicht. Diese sehr spärliche und verspätete Informationspolitik des Freistaats lässt befürchten, dass der Vollzug mit gewissen Schwierigkeiten starten wird. Fraglich sind sowohl der personelle Aufwand und die nötige Ausstattung, aber auch geplante Abläufe bei der Umsetzung und Bearbeitungsrichtlinien.

Ansprechperson für Rückfragen: Felix Geismann / felix.geismann@gruene-fuerth.de / 0911 80199647

Mit freundlichen Grüßen

 Kamran Salimi	 Gabriele Zapf	 Anna Botzenhardt	 Felix Geismann	 Xenia Hänschwanz
 Philipp Steffen	 Harald Riedel	 Christoph Wallnöfer	 Sabine Weber-Thumulla	 Hanne Wiest